

# Wie viel direkte Demokratie erträgt die Schweiz?

---

Referat von Ständerat Werner Luginbühl vor der VWG Bern, Donnerstag, 11. Dezember 2014

Meine sehr geehrten Damen und Herren

Es ist mir eine Ehre hier vor der VWG zu sprechen. Dies ist in der Karriere eines Berner Ständerates zweifellos der absolute Höhepunkt.

Vielleicht denken Sie, es wäre für mich als Geschäftsführer der VWG besonders einfach. In Tat und Wahrheit ist genau das Gegenteil der Fall. Bei Heimspielen ist der Druck bekanntlich am Grössten.

Der Titel meines Referates ist natürlich leicht provokativ. Die direkte Demokratie steht nicht eigentlich zur Disposition. Eher würde ein Politiker splitterfasernackt ums Bundeshaus rennen, als deren Abschaffung zu fordern.

Ich habe diesen Titel gewählt, weil ich darunter eigentlich über fast alles sprechen kann, was mich zurzeit politisch bewegt. Ich musste einzig meiner Frau versprechen, nicht über pathogene Organismen zu referieren.

Die direkte Demokratie hat der Schweiz über Jahrzehnte hinweg Stabilität, Verlässlichkeit, einen vernünftigen Umgang mit den Finanzen und eine vergleichsweise hohe Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den Institutionen gesichert.

Diese Faktoren waren massgeblich mit dafür verantwortlich, dass die Schweiz vom Armenhaus zu einem der reichsten Länder der Welt wurde und heute in fast allen Ranglisten im Ländervergleich im Spitzenfeld liegt.

Allerdings: auch die Firma Kodak war über 100 Jahre ein Erfolgsmodell mit zeitweise über 60'000 Mitarbeitenden. Weil man Entwicklungen verpasst hat, sind es heute noch etwas mehr als 10% davon.

Was will ich damit sagen? Eine Binsenwahrheit. Erfolg in der Vergangenheit garantiert noch keinen Erfolg in der Zukunft. Jedes Modell – auch Erfolgsmodelle – müssen an die aktuellen und künftigen Herausforderungen angepasst werden, wenn sie auch in Zukunft erfolgreich sein sollen.

Vorab ein paar **Trends und Entwicklungen** in Politik und Gesellschaft, die sich direkt oder indirekt, stärker oder weniger stark auf unsere direkte Demokratie auswirken.

Die Aufzählung ist selbstverständlich nicht abschliessen.

## 1. Vom Nachtwächter zum allumfassenden Dienstleister

Für unsere Grosseltern, und zum Teil auch noch Eltern, wäre es unvorstellbar gewesen zum Staat zu rennen, wenn man sich selber noch irgendwie helfen konnte. Für die modernen Bürgerinnen und Bürger ist dies eine Selbstverständlichkeit.

Die Forderungen und Erwartungen an und in den Staat sind in den letzten Jahren ins Unermessliche gewachsen.

## 2. Von der Leistungs- zur Konsumgesellschaft

Unsere Vorfahren haben die Schweiz, die im vorletzten Jahrhundert noch mausarm war, zu einem der reichsten Länder „gekrampft“.

Dank Glück und Geschick wurden wir von ökonomischen und militärischen Katastrophen verschont. Die, die den Wohlstand erarbeitet haben, sind sich sehr wohl bewusst woher er kommt. Die, die in den Wohlstand hinein geboren werden weniger.

Wir haben uns an diesen Wohlstand gewöhnt, bewegen uns in der Komfortzone, gestalten unser Leben nach unseren individuellen Bedürfnissen.

Die Lust an Experimenten und Wagnissen nimmt ab, die Angst etwas zu verlieren zu.

In diesem Zusammenhang ist auch interessant zu sehen, wie die nachfolgende Generation denkt. Gestützt auf Befragungen gibt die CS jährlich ein **Jugendbarometer** heraus und vergleicht diesen mit Erhebungen in anderen Ländern. Zwei, drei Ergebnisse aus der Erhebung 2014:

- Erstmals ist nur noch eine Minderheit der Befragten der Meinung, dass man froh sein müsse eine Stelle zu haben
- Im Beruf suchen die jungen Leute Selbstverwirklichung. Work-Life Balance ist wichtiger als Karriere machen
- Mit geschenkten CHF 10'000 Franken, würde eine deutliche Mehrheit der Jugendlichen Ferien machen (Jugendliche anderer Länder haben etwas existenziellere Bedürfnisse)

Fazit der Befragung: Die Schweizer Jugend heute hat eine schwache wirtschaftliche Orientierung / der Wohlstand ist so selbstverständlich, dass er gar nicht mehr erstrebenswert ist / die Jugend ist privilegiert, um nicht zu sagen verwöhnt.

Man könnte jetzt mit dem Finger auf die Jugendliche zeigen. Dabei würde man allerdings ausblenden, dass diese jungen Leute unter der Obhut unserer Generation aufgewachsen sind.

Ob aber diese Einstellungen in einem internationalen Wettbewerb der härter wird, für die Zukunft erfolgsversprechend sind, überlasse ich ihrem Urteil. Ich habe gewisse Zweifel.

## 3. Der Föderalismus wird ausgehöhlt

Das Subsidiaritätsprinzip im Föderalismus sorgt dafür, dass staatliches Handeln auf die tiefst mögliche Ebene runter delegiert wird. Die Entscheide sollen so nahe wie

möglich am Bürger gefällt werden. Das hat lange wunderbar funktioniert. Der Föderalismus à la Suisse, darf als Erfolgsmodell bezeichnet werden.

Ist aber ein Modell mit 26 Kantonen, darunter viele mit weniger als 35'000 Einwohnern zukunftsfähig? Ich meine Nein. Schon heute wird darum immer mehr auf Bundesebene geregelt und zentralisiert. Der Föderalismus wird damit ausgehöhlt.

Während auf Gemeindeebene Reformen und Fusionen in Gang gekommen sind, ist die Chance zu Reformen auf Kantonsebene nahe Null. Warum ist das so? Weil die klare Mehrzahl der Kantone vom Status Quo profitiert.

#### 4. Ungebremste Regulierungswut

Wir leben in einer Zeit der ungebremsten Regulierungswut.

Entwickelte Gesellschaften sind willens, ihre Systeme zu optimieren und zu verfeinern, Mängel zu beheben und Lücken zu schliessen. Das ist nicht negativ! Im Gegenteil. Diesem menschlichen Willen alles zu verbessern, haben wir dem Fortschritt zu verdanken.

Allerdings findet dieser Fortschritt auch in der Regulierung statt. Dort kann man ihn nicht immer als Fortschritt bezeichnen.

In den Anfängen unseres Staatswesens ging es darum, die Sicherheit des Einzelnen und das Eigentum zu gewährleisten. Heute werden die Bürger zunehmend auch vor der eigenen Unvernunft bewahrt. Dazu kommt, wie erwähnt, eine starke Tendenz immer mehr national/zentral regeln zu wollen.

Ungebremste Regulierungswut



Ungebremste Regulierungswut



Jede Woche werden neue Forderungen aufgestellt, wo der Staat auch noch aktiv werden sollte. Fussgänger sollen Leuchtwesten tragen. Wer auf dem Fussgängerstreifen am Handy fummelt, soll bestraft werden.

Es gibt eine Initiative die Regeln zum **Sexualkundeunterricht** in der Bundesverfassung verankern will. 76% der SchweizerInnen wünschen scheinbar ein

Verbot ungesunder Lebensmittel, wenn man einer Umfrage glauben darf. Dies nur einige Beispiele.

Woran liegt das?

Wir haben in unserer Vollkasko-Mentalität das Bedürfnis, die Sicherheit ständig zu verbessern. Immer wenn irgendwo etwas schief läuft, wird nach einem neuen Gesetz gerufen, damit das nicht mehr passieren kann.

Wohin führt das?

Zu immer mehr Einschränkungen. Zu immer mehr Bevormundung. Zu immer mehr Delegation von Verantwortung an den Staat und damit zu Verlust von Eigenverantwortung.

Mehr Sicherheit und mehr Freiheit sind im Prinzip unvereinbar. Fast überall, wo wir mit mehr Vorschriften Sicherheit zu gewinnen suchen, verlieren wir an Freiheit.

Wer ist schuld daran?

Alle ein bisschen. Zwar wird in Wahlkämpfen häufig nach dem Abbau von Vorschriften gerufen. Aber selbst bürgerliche Politiker schaffen es kaum, dies auch in die Tat umzusetzen. Wer das Wort liberal zumindest noch buchstabieren kann, ist in einen ständigen Abwehrkampf verwickelt. Selbst für die absurdesten Forderungen gibt es Organisationen und Gruppierungen die dafür lobbyieren.

Aber auch die Medien spielen eine wichtige Rolle. Sehr schnell wird skandalisiert und wo etwas Skandalöses passiert, hat der Staat gefälligst einzuschreiten.

Die Politiker nehmen den Ball gerne auf und übertreffen sich gegenseitig mit Forderungen wie das Problem gelöst werden soll. Mahner werden in solchen Situationen niedergeschrien und bekommen vielfach erst später Recht.

In der Kampfhundedebatte hat sich mehr als das halbe Parlament auf Druck vom „Blick“ schon auf Massnahmen festgelegt, bevor es recht wusste um was es geht.

Wieweit es sich in solchen Fällen um einen echten öffentlichen Druck handelt oder vor allem um einen veröffentlichten Druck, ist schwer abzuschätzen.

Tatsache ist aber, dass auch bei uns viele Bürgerinnen und Bürger dazu neigen in die Hysterie einzustimmen. Damit arbeiten jene, die sich über Bevormundung beklagen, mit daran, dass sie stärker bevormundet werden.

Der Philosoph Dr. Ludwig Hasler hat es im seinem Referat im August im Casino so gesagt: *Alles wird idiotensicher gemacht und nachher wundern wir uns darüber, dass es so viele Idioten hat.*

Natürlich gibt es auch noch andere Regulierungen. Zum Beispiel aufgrund des **technischen Fortschritts**. Die neuen Kommunikationstechnologien eröffnen eine unglaubliche Vielfalt von neuen Möglichkeiten und Chancen. Gleichzeitig entstehen auch neuen Möglichkeiten des Missbrauchs. Hier ist es häufig unumgänglich gewisse neue Regelungen einzuführen.

Bei der dritten Kategorie von Regulierungen geht es um Massnahmen, die **nach einer grossen Krise** dafür sorgen sollen, dass so etwas nicht mehr passieren kann.

Nach der Finanzkrise wird gegenwärtig weltweit ein dichtes Netz von neuen Vorschriften hochgezogen. Gewisse Massnahmen sind sicher nötig (beispielsweise die Eigenmittelvorschriften nach dem Fall UBS). Gerade in Nachkrisenphasen neigt man aber dazu, sehr breit und tief zu regulieren; also zu übertreiben. Unbeteiligte werden gleich auch noch mit reguliert.

Jetzt werden sie vielleicht sagen, das ist doch ein allgemeiner gesellschafts-politischer Trend, der überall stattfindet und der sich kaum drehen lässt. Da haben sie Recht. Das ändert aber nichts daran, dass sich gewisse Dinge nicht regeln lassen, dass gewisse Risiken nicht ausgeschlossen werden können.

Auslöser des Hundegesetzes war ein Vorfall mit illegal importierten und gehaltenen Hunden. Kein Gesetz der Welt kann so etwas verhindern!

Unser Problem meine Damen und Herren ist, dass wir häufig auch etwas Angst vor der Freiheit haben. Nicht vor der eigenen, aber vor jener der anderen.

Das eingängigste Beispiel dafür ist der Hausbau. Wenn ich selber baue, sollte es möglichst keine Vorschriften geben. Wenn der Nachbar hingegen baut, können sie nicht streng genug sein. Und auch hier gilt: Man kann das Eine haben oder das Andere – aber nicht beides.

Eigentlich bräuchte es einen Paradigmenwechsel. Es bräuchte in Politik und Gesellschaft eine viel kritischere Auseinandersetzung mit der Frage, ob es eine neue Vorschrift, die auf den ersten Blick gut aussieht, wirklich braucht oder ob das Ganze vielleicht über die Eigenverantwortung gelöst werden könnte.

Gesellschaftlich Entwicklungen lassen sich kaum aufhalten. Wenn wir aber gestützt auf bewährte Schweizer Tugenden wie **Vernunft** und **Augenmass** zurückhaltend regulieren, schaffen wir uns im internationalen Wettbewerb einen grossen Vorteil. Bei den Regulierungen muss es unser Ziel sein, nicht Vorreiter sondern Nachzügler zu werden.

Schlussendlich dürfen wir Eines nicht vergessen: mit jedem Gesetz wachsen die Bürokratie und die Verwaltung, weil Gesetze ja umgesetzt und überwacht werden müssen. Wenn ich den Zuwachs an Stellen und damit Kosten in Bund, Kantonen und Gemeinden sehe, ist dieser besorgniserregend.

## **5. Skandalisierung / Empörungsbewirtschaftung / Boulevardisierung**

Befeuert wird die Regulierungswut durch die Informationsflut, durch Skandalisierung, Empörungsbewirtschaftung und Angstmacherei.

Die Medien kämpfen um unsere Aufmerksamkeit und berichten täglich über Aussergewöhnliches und Bedrohliches. Wir werden heute überschwemmt mit (meist) schlechten Neuigkeiten aus der ganzen Welt.

Skandalisierung / Empörungsbewirtschaftung /  
Boulevardisierung



Skandalisierung / Empörungsbewirtschaftung /  
Boulevardisierung



Dies hat zweierlei Effekte. **Erstens** entsteht bei vielen der Eindruck die Welt sei völlig aus den Fugen geraten. Katastrophen, Kriege und Verbrechen nähmen weltweit zu, wir stünden kurz vor dem Kollaps.

Ein Blick auf die Geschichte der Menschheit, würde das Gegenteil beweisen. Es gibt nicht 100-mal mehr Probleme als früher. Wir haben nur 100-mal mehr Informationen.

Zweitens stumpfen diese Meldungen ab. Wenn ich gewisse Kommentare auf Onlinemedien zum Flüchtlingselend lese, muss ich sagen Papst Franziskus hat recht wenn er sagt: „**Die Wohlstandskultur hat uns die Sensibilität für die Not der andern geraubt**“.

Aber unsere Gesellschaft liebt es sich zu empören. Und einige Medien leben davon, die Empörung zu bewirtschaften. Gelangt der Fall eines massiven Sozialhilfemissbrauchs an die Öffentlichkeit, wird er während Tagen ausgewalzt. Viele Wutbürger spüren sich in ihrer Empörung kaum mehr.

Auch ich bin der Meinung, dass es im Sozialhilfebereich dringend ein paar Korrekturen braucht. Trotzdem ist es ein Problem, wenn gestützt auf ein paar Einzelfälle, ein System kollektiv diskreditiert wird.

Weil dies auch in anderen Bereichen passiert, entsteht bei vielen Leuten der Eindruck es laufe in unserem Staatswesen alles schief. Und das ist mit Sicherheit nicht der Fall!

## 6. Globalisierung / Internationalisierung

Die Globalisierung ist eine Realität. Die internationale Verflechtung nimmt zu. Dies führt zu einer Einschränkung der autonomen politischen Handlungsfreiheit. Gerade uns Schweizern fällt es nicht leicht, dies zu akzeptieren.

Die Zunahme an Verflechtungen, an Komplexität und an Unübersichtlichkeit führt bei Vielen zu einem Rückzug auf sich selbst, auf das Überblickbare.

Viele Schweizer sehnen sich nach einem beschaulichen Leben hinter dem Gartenzaun, geschützt vor dem kühlen Wind des Wettbewerbs und der Globalisierung.

Gegenüber **Europa** haben wir eine Art Phobie entwickelt. Seit Jahren wird uns eingetrichtert, dass alles Böse von Brüssel kommt und immer mehr Leute glauben das auch. Sie glauben, dass wir auf niemanden angewiesen sind und uns die Europäische Union nichts, aber auch gar nichts angeht.

Rationale Diskussionen sind kaum möglich. Wer nicht im Chor der EU-Kritiker mitsingt, kommt rasch in den Verdacht ein potentieller Landesverräter zu sein.

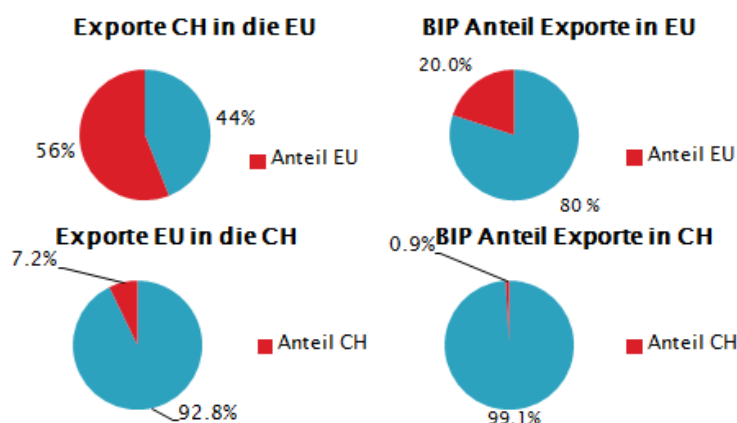
Wer nur einen kurzen Blick auf die Geschichte Europas wirft, müsste eigentlich erkennen, dass die EU als Friedensprojekt für diesen Kontinent und gerade auch für die Schweiz von unschätzbarem Wert ist.

Wer sich auch noch vor Augen führt, dass nach dem Mauerfall ein möglicher EU-Beitritt in vielen ehemaligen Staaten des Ostblocks eine enorm stabilisierende Wirkung hatte und Unruhen und Kriege verhindert hat, würde, bei aller berechtigter Kritik, dieses Gebilde nicht mehr nur negativ sehen.

Nachdem **vor** der Abstimmung vom Februar 2014 die Initianten behaupteten, die Bilateralen können auch bei einer Annahme der Initiative problemlos weitergeführt werden, tönt es heute ganz anders.

In immer weiteren Kreisen wird die Bedeutung der Bilateralen kleingeredet. Damit soll wohl das Feld für die noch entscheidendere Abstimmung in drei Jahre geebnet werden.

## Exporte Schweiz – EU / EU – Schweiz



Ich sehe es grundlegend anders. Die bilateralen Verträge sind für unser Land von sehr grosser Bedeutung. Es ist eigentlich erstaunlich, was die Schweizer Diplomatie und der Bundesrat auf diesem Weg erreicht haben.

Die Bilateralen sind in den letzten Jahren für die Schweiz ein ganz wesentlicher Garant für Wachstum und Wohlstand gewesen und es ist fahrlässig, dieses wichtige

Vertragswerk mit unserem, mit Abstand wichtigsten, Handelspartner leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Die Behauptung die EU sei stärker auf die Bilateralen angewiesen als wir scheint mir angesichts der Zahlen auf der Folie doch etwas gewagt.

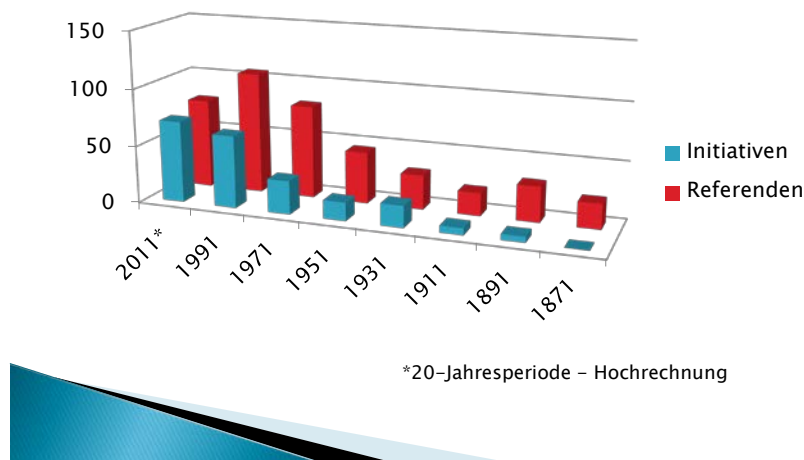
Viele glauben, Wohlstand und Privilegien lassen sich durch Abschottung bewahren. Das Gegenteil ist der Fall: Abschottung macht uns arm – oder zumindest ärmer. Ich hoffe nur, dass die Mehrheit der Schweizer das glaubt bevor wir es am eigenen Leibe erfahren.

Ganz generell wäre eine etwas unaufregtere, sachlichere Auseinandersetzung mit dem Thema Europa dienlich.

## 7. Volksrechte werden ausgehöhlt

Die Volksrechte – vor allem das Initiativrecht – werden heute bis aufs Äusserste ausgereizt. Die Zahl der Initiativen steigt massiv.

### Initiativen und Referenden



Gedacht war die Initiative von der Verfassungsgebern vor allem als Möglichkeit für jene Gruppen, die im Parlament nicht vertreten sind und deren Anliegen von niemandem aufgenommen werden. Sie sollten auf diesem Weg ihre Anliegen in den politischen Prozess einbringen können.

Früher war es die SP, heute sind es praktisch alle Parteien, am stärksten die beiden grössten Regierungsparteien, die dieses Instrument für ihren permanenten Wahlkampf einsetzen. Es gibt heute kaum mehr eine Session, in der nicht mindestens ein bis zwei Initiativen beraten werden.

Die Forderungen werden tendenziell extremer. Diese Entwicklung ist der Stabilität des politischen Systems nicht förderlich und droht die wirtschaftlichen



Rahmenbedingungen zu verschlechtern. Zudem führt die hohe Zahl der Initiativen bei vielen Stimmberechtigten zu Überdruß.

Allerdings, auch wenn uns diese Entwicklung gewisse Probleme beschert: Entscheidend ist es, dass wir sie nicht beklagen sondern im Vorfeld von Abstimmungen alles unternehmen, um die Stimmberechtigten zu informieren und zu überzeugen.

## **8. Wie viel direkte Demokratie erträgt die Schweiz?**

Damit zurück zum Thema meines Referats. Wird die direkte Demokratie für die Schweiz zu einem Problem?

Ich bin optimistisch und überzeugt, dass die direkte Demokratie insgesamt über deutlich mehr Vor- als Nachteile verfügt.

Blicken wir zurück, können wir doch feststellen, dass das Schweizer Volk in aller Regel doch sehr überlegt und pragmatisch entschieden hat. In letzter Zeit gab es zwar ein paar Ausreisser. Allerdings waren nicht alle gleich wichtig. Mit der Minarett-Initiative wurde ein Problem gelöst, das eigentlich gar nicht existiert.

Mit der Abzocker-Initiative wollte das Volk bewusst ein Signal setzen. Mit der klaren Ablehnung der 1:12-Initiative haben die Stimmenden in einem nahen Bereich wieder sehr umsichtig gehandelt.

Für den Volksentscheid gegen mehr Ferien bewundert uns das Ausland. Der einzig wirklich wichtige Entscheid, welcher die Prosperität unseres Landes massiv beeinträchtigen kann, war jener vom 09. Februar 2014.

Die Ecopop-Initiative wiederum, die noch deutlich weiterging, wurde vor 10 Tagen in aller Deutlichkeit abgelehnt.

Bei den hohen Managerlöhnen, hat das Volk mit der Abzocker-Initiative ein klares Zeichen gesetzt hat. Das Ja zur Einwanderungs-Initiative ist Ausdruck eines grossen Unbehagens gegenüber der hohen Zahl an Einwanderern. Dieses Zeichen muss ernst genommen werden. Das haben in der Zwischenzeit auch die etwas Langsameren begriffen.

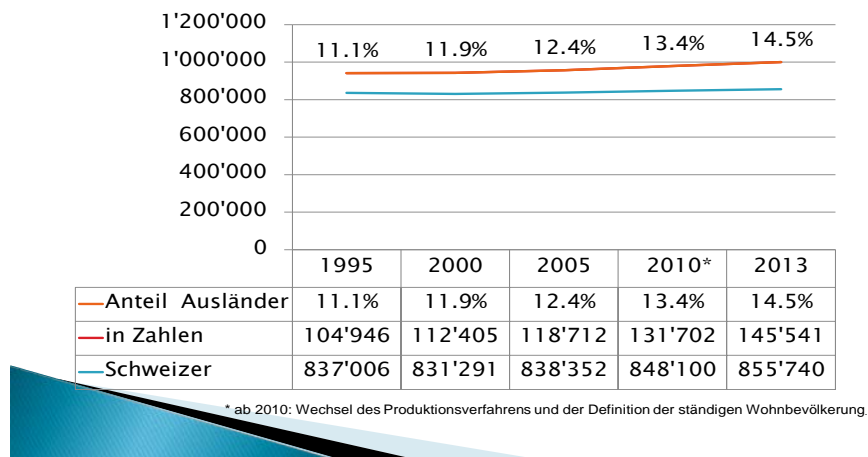
Rückblickend muss selbstkritisch gesagt werden, **ja es trifft zu**, dass die Politik das Thema unterschätzt und nicht alle möglichen Massnahmen rechtzeitig ergriffen hat. Es **trifft auch zu**, dass die Politik das Problem zu lange klein geredet hat.

Es gibt im Weiteren klare Hinweise darauf, dass es sich Teile der Wirtschaft leicht gemacht und im Zweifelsfall im Ausland rekrutiert haben. Darauf deutet der relativ hohe Anteil erwerbsloser, gut qualifizierter Leute in den 50igern.

Aber auch andere, bereits erwähnte Elemente haben eine Rolle gespielt. Zum Beispiel die Angstmacherei. Die gesamtschweizerische Zunahme des Ausländeranteils ist in der Tat besorgniserregend. Wenn sie aber beispielsweise die

Zunahme im Kanton Bern ganz konkret anschauen, ist sie keineswegs so dramatisch wie es geschildert wurde.

## Wohnbevölkerung im Kt. Bern



Immerhin hat die Personenfreizügigkeit nach Jahren von Stagnation zu einem deutlichen Wachstumsschub geführt. Das Wachstum in der Schweiz war ab 2003 deutlich solider als in Resteuropa, während wir vorher von allen abgehängt wurden (beispielsweise 1991 – 2002 Wachstum Schweiz 6.3% / Italien fast 18%).

Allerdings haben gerade im Zusammenhang mit dieser Initiative, viele Leute auch eine gewisse Wachstumsmüdigkeit zum Ausdruck gebracht.

Da bin ich etwas skeptisch. Es gibt sicher Leute, die bereit sind konkrete Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Bei vielen anderen verspüre ich zwar Wachstumsmüdigkeit, aber nicht die geringste Bereitschaft auch die Folgen eines Null-Wachstums oder gar eines Schrumpfens – nämlich weniger Lohn und letztendlich weniger Wohlstand – zu akzeptieren.

Die NZZ nennt das „den wohlstandssatten, reformmüden und konservativen Zeitgeist“.

Wir sollten uns schon bewusst sein wie gut es uns geht und wie rasch sich dies auch wieder ändern kann.

Im Bereich der Einwanderung gilt was meist gilt. Es gibt im wirklichen Leben nur relativ wenig Win-Win Situationen. Jede Lösung hat neben Vor- auch Nachteile. Es müsste gelingen, das den Leuten in Zukunft noch besser näher bringen.

### 9. Gefahr für die direkte Demokratie

Die vielleicht grösste Gefahr für die direkte Demokratie sehe ich in der abnehmenden Bereitschaft genügend Zeit in die Meinungsbildung zu investieren.

Was meine ich damit?

Bürgerinnen und Bürger sind regelmässig mit relativ komplexen Fragestellungen konfrontiert. Die Zahl der Vorlagen sowie deren Komplexität nehmen zu. Gleichzeitig nimmt die Bereitschaft ab, sich mit komplexen Themen zu befassen. Die Qualität der Medien ist ebenfalls im Sinkflug begriffen.

In den Redaktionen wird Personal abgebaut. Die Ressortspezialisierungen verschwindet zunehmend. Der Druck – vor allem der Kostendruck – steigt. Sorgfältige Recherche kann immer weniger geleistet werden.

Der Anteil an Unterhaltung in den Medien steigt, weil die Werbeeinnahmen in diesem Bereich höher sind. Der Anteil an Informationen sinkt.

(A apropos Unterhaltung: wer sich rasch einen Überblick über den Degenerationsstand unserer Gesellschaft machen will, zappt mal kurz die Sender Nr. 10 – 50 durch)

Die Konsumenten nutzen immer mehr Medien niedriger Qualität (Gratis- und/oder Online-Anbieter). 20 Minuten ist inzwischen die meistgelesene Zeitung der Schweiz.

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir jetzt halt die Bemerkung: Es genügt nicht, 20 Minuten am Morgen und Blick am Abend zu lesen um sich eine Meinung zu einer Abstimmungsvorlage zu machen.

## 10. Massnahmen

Nun, welche Massnahmen sind notwendig um die direkte Demokratie zukunftsfähig zu halten?

Es sind nach meiner Meinung nur einige wenige Korrekturen nötig. Allerdings – und das ist fast noch wichtiger – gibt es auf mittlere und lange Sicht ein paar Voraussetzungen die erfüllt respektive die verbessert werden müssen, wenn das Modell auch in Zukunft ein Erfolgsmodell sein soll.

Folgende **Massnahmen** erachte ich als nötig:

- **Erstens** sollten die Unterschriftenzahlen für Initiativen und Referenden erhöht werden. 1891, im ersten Jahr, in dem – abgesehen vom Frauenstimmrecht – im Wesentlichen die gleichen Volksrechte gegolten haben wie heute, waren für eine Initiative 50 000 und für ein Referendum 30 000 Unterschriften nötig. Dies war damals eine Quote von 7,7% bzw. 4,6%. Heute genügen die Unterschriften von weniger als 2% bzw. 1% der Stimmberechtigten um eine Initiative beziehungsweise ein Referendum zu beantragen. Die Hürden zur Nutzung der Volksrechte sind im Zeitverlauf also deutlich niedriger geworden. Darüber hinaus ist es mit dem Aufkommen moderner Kommunikationsmedien (Radio, TV, Internet) sehr viel einfacher geworden, die Stimmbürger zu mobilisieren.
- Es braucht **zweitens** ein paar Feinkorrekturen bei der Vorprüfung und bei Gültigkeitserklärungen von Initiativen (Verletzung der Grundrechte der

Verfassung, Rückwirkungsverbot usw.).

Die Verfasser verschiedener Initiativen haben in der jüngsten Vergangenheit ganz bewusst diese Prinzipien geritzt oder gar verletzt und grenzwertige Initiativen eingereicht. Bundesrat und Parlament erklären sie nach dem Grundsatz in „dubio pro populo“ in schöner Regelmässigkeit für gültig. Später werden sie angenommen, können nur teilweise umgesetzt werden, was den Initianten reichlich Gelegenheit gibt auf Bundesrat und Parlament rum zu hacken, weil diese den Volkswillen nicht umsetzen.

Zu den erwähnten **Voraussetzungen**:

- Es braucht **Erstens** wieder mehr Kohärenz in der Umsetzung der Volksinitiativen. Da muss sich das Parlament an der Nase nehmen. Es gibt nur ein Volk. Wenn dieses Volk entschieden hat, hat es entschieden. Wenn es die Zweitwohnungs-Initiative gegen den Willen der klaren Mehrheit des Parlamentes annimmt, dann gilt dieser Entscheid genau gleich, wie die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative.

Es ist eine Unsitte, wenn die gleichen Leute die bei der Masseneinwanderungs-Initiative oder bei der Ausschaffungs-Initiative die wortgetreue Umsetzung der Verfassungsbestimmung verlangen, sich bei der Zweitwohnungs-Initiative keinen Deut um die Verfassung kümmern. Solches Verhalten untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik.

- **Zweiter Punkt:** Soll die direkte Demokratie funktionieren, braucht es eine Art ausgewogenen Dreiklang zwischen Volk, Wirtschaft und Politik.

Die Bevölkerung muss den Eindruck haben, dass sie von einer florierenden Wirtschaft ebenfalls profitiert und dass die Politik das Gemeinwohl im Visier hat. Die Wirtschaft muss sehen, dass die Politik für vernünftige Rahmenbedingungen sorgt. Dieser Dreiklang war in den letzten Jahren gestört.

Swiss Life Präsident Rolf Dörig sprach kürzlich von einer gewissen Überheblichkeit der Wirtschaft gegenüber der Politik.

Letztendlich haben Lohnexzesse einiger Weniger dazu geführt, dass es zu einer Vertrauenskrise kam und später die Abzocker-Initiative vom Volk angenommen wurde.

Ein vernünftiges Zusammenwirken Wirtschaft – Politik, eine emotionale und lokale Verankerung der Wirtschaft, ist nirgends so notwendig wie in der direkten Demokratie.

In der direkten Demokratie werden an die Wirtschaftsführer höhere Ansprüche gestellt, was ihre Vorbildfunktion und ihr ethisch und moralisches Handeln betrifft, als in andern Systemen.

Warum das? Auch in andern Ländern stören sich Bürgerinnen und Bürger an überrissenen Löhnen. Es bleibt ihnen aber nicht anderes übrig, als die Faust im Sack machen. Bei uns ist das anders. In unserem System kann das Volk auf politischem Weg auch direkt in die Wirtschaft hineinsteuern.

Es muss gelingen diesen Dreiklang wieder ins Lot zu bringen. Dazu braucht es ein stärkeres Engagement von Wirtschaftsführern in Gesellschaft und Politik. Dies ist – dessen bin ich mir bewusst – für eine Wirtschaft, die immer globaler operiert, eine besondere Herausforderung.

- **Dritter Punkt:** Auch Politikerinnen und Politiker müssen sich bewusst sein, dass was Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit betrifft in der direkten Demokratie höhere Anforderungen auch für sie gelten. Auch da besteht einiges an Handlungsbedarf!
- **Vierter Punkt:** Die direkte Demokratie stellt höhere Anforderungen an alle Beteiligten als andere Systeme. Auch an die Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört, dass man seine Mitverantwortung wahrnimmt und ein Minimum an Zeit in die Ausübung der politischen Rechte investiert.

Ist diese Bereitschaft nicht mehr da, müsste eigentlich konsequenterweise die direkte Demokratie in eine Indirekte umgewandelt werden. Das wäre aber meiner Meinung nach ein grosser Fehler.

Fazit: Auch wenn die direkte Demokratie eigentlich völlig unbestritten ist, müssen wir an ihr arbeiten. Wie gesagt, ich bin optimistisch aber gleichzeitig überzeugt, dass uns die Diskussion über deren Grenzen in den nächsten Jahren noch ganz wesentlich beschäftigen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.